

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 26.09.2008, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Schäfer

FDP: Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträte Biver
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträte Hertlein, Rehlich, Reinhard und Stürmer
Stadtverordnete Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Lohse (CDU) und Metz (Marburger Linke)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August 2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Ein Änderungswunsch des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird kurz erörtert. Die Niederschrift wird jedoch nicht abgeändert.

Sonstige Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen 4 Dringlichkeitsanträge vor.

**1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vorbereitung auf das Wintersemester 2008/2009
VO/0631/2008**

Der Antrag wurde bereits in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates besprochen. Die Fraktionen haben vereinbart, den Antrag als TOP 19.1 in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich gilt dies als vereinbart. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als TOP 19.1 aufrufen.

**2. Dringlicher Antrag der Fraktion MBL betr. Änderung der Solarsatzung
VO/0647/2008**

Auch dieser Antrag wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates besprochen. Die Fraktionen haben vereinbart, den Antrag als TOP 19.2 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag als TOP 19.2 aufrufen.

**3. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommission für Universitäts- und Regionalentwicklung
VO/0640/2008**

Der Antrag wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung wird jedoch die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Der Antrag wird somit nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**4. Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Medizinische Versorgung am Universitätsklinikum
VO/0662/2008**

Für die Antragsteller begründet der Stadtverordnete Weber-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen) die Vorlage. Gegen die Dringlichkeit wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktionen mit Ausnahme der MBL-Fraktion die Aufnahme der Vorlage in die Tagesordnung. Somit wird der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag als TOP 19.3 aufrufen.

Alle dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen.

Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) trägt vor, dass der Antrag TOP 20.16 betr. Weihnachtsbäume in den Stadtteilen als erledigt angesehen werden kann und begründet dies für seine Fraktion.

Der Stadtverordnete Heck (CDU) schlägt vor, zur schnelleren Abhandlung der Tagesordnung auf die Fragestunde zu verzichten. Der Stadtverordnetenvorsteher führt aus, dass dieser Vorschlag bereits in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates erörtert wurde. Der Verzicht auf die Fragestunde hat jedoch keine Mehrheit gefunden.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Damit wird die Tagesordnung für die heutige Sitzung genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 1 9/2008)
Vorlage: VO/0651/2008**

Wie viele Unfälle wurden 2004, 2005 und 2006 in der Ketzerbach registriert und wie viele Unfälle waren Auffahrunfälle?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei sind für die Jahre 2004, 2005 und 2006 für den Bereich Ketzertbach folgende Unfallzahlen gemeldet worden:

2004 = 11 Unfälle, davon 5 Auffahrunfälle
2005 = 21 Unfälle, davon kein Auffahrunfall
2006 = 6 Unfälle, davon 1 Auffahrunfall

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 2 9/2008)
Vorlage: VO/0652/2008**

Wie viele Unfälle gab es 2007 und 2008 in der Universitätsstraße und wie viele davon waren durch Radfahrer verursacht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei sind für die Jahre 2007 und 2008 für den Bereich Universitätsstraße folgende Unfallzahlen gemeldet worden:

2007: 24 Unfälle, davon 1 Unfall durch Radfahrer verursacht.
2008 (bis 31.08.): 11 Unfälle, davon 1 Unfall durch Radfahrer verursacht.

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 3 9/2008)
Vorlage: VO/0653/2008**

Wenn die teure Beleuchtung an der Alten Universität angebracht worden ist, dann ist der Grundstückseigentümer auch automatisch Eigentümer der Anlage. Dieser kann dann nach eigenem Belieben die Anlage betreiben oder auch nicht, siehe Beleuchtung am Rathaus. Wer ist der Eigentümer des Grundstücks und wie kommt der Magistrat dazu die Anlage, ohne uns zu informieren, einfach zu verschenken?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Beleuchtung wird auf der Basis von Gestattungsverträgen mit dem evangelischen Stadtkirchenkreis Marburg und der Philipps-Universität Marburg installiert. Auf der Grundlage dieses Vertrages gestatten die Eigentümer die Installation und den Betrieb der Beleuchtungsanlage. Es ist also keineswegs so, dass die Stadt Marburg die Beleuchtungsanlage verschenkt hat, so wie es in der kleinen Anfrage unterstellt wird.

Im Übrigen freuen wir uns, dass wir gemeinsam mit der Universität und der Kirche die Beleuchtung der Alten Universität aus Anlass des 100. Todestages von Carl Schäfer umsetzen können. Anders als bei der angesprochenen Beleuchtung am Rathaus ist das Projekt unter Beteiligung der Stadtverordneten und der zuständigen städtischen Gremien entwickelt worden. Die Installation führen die Stadtwerke Marburg durch.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 4 9/2008)
Vorlage: VO/0654/2008**

Welches Ergebnis brachte die letzte Geschwindigkeitsmessung in der Tempo-30-Zone (Bauerbacher Straße) im Stadtteil Bauerbach?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Zeitraum von 14.07 Uhr bis 17.45 Uhr haben 512 Fahrzeuge die Messstelle passiert. Hiervon haben 102 Verkehrsteilnehmer die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Weidemann (SPD) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 5 9/2008)
Vorlage: VO/0655/2008**

Was unternimmt das Ordnungsamt hinsichtlich der Freihaltung von Gehwegen durch die Anlieger (Fallzahlen, Konsequenzen)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wenn bei dem Fachdienst Ordnung und Straßenverkehr Verunreinigungen oder zugewachsene Gehwege bekannt werden, erfolgt eine Aufforderung an die Anlieger/-innen, die Behinderungen oder Verunreinigungen umgehend zu beseitigen.

Sollte dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, werden Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet und in einzelnen Fällen auch Ersatzvornahmen durchgeführt.

In der Zeit vom 01.01.2008 bis 31.08.2008 erfolgten durch den Fachdienst Ordnung und Straßenverkehr 132 Aufforderungen an die Anlieger/-innen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 9/2008)
Vorlage: VO/0656/2008**

Ist dem Magistrat bekannt, dass, solange der Friedrichsplatz noch nicht offiziell als Kreisverkehr ausgewiesen ist, Rad- und Autofahrer oft unsicher

sind, ob rechts vor links oder im Sinne eines Kreisverkehrs eine dementsprechende Vorfahrtsregelung gilt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Straßenverkehrsbehörde und dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei sind keine Probleme mit der Vorfahrtsregelung am Friedrichsplatz bekannt. Ein auffälliges Unfallgeschehen ist nicht zu verzeichnen.

Der Friedrichsplatz ist kein Kreisverkehr. An den jeweiligen Einmündungen gilt, wie in der gesamten Tempo 30-Zone im Südviertel, die Vorfahrtsregelung rechts vor links.

Eine andere Vorfahrtsregelung mit Vorrang für den Verkehr im Kreisel gilt nur bei einer Beschilderung mit vorfahrtsregelnden Verkehrszeichen.

Eine Änderung der Verkehrsregelung am Friedrichsplatz ist nicht vorgesehen.

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 7 9/2008)**
Vorlage: VO/0657/2008

Unter welchen Voraussetzungen und aufgrund welcher Rechtsgrundlage - bitte die gesetzlichen Bestimmungen konkret, unter Nennung der einschlägigen Paragraphen, aufführen - würde der Universitätsstadt Marburg finanzieller Schaden entstehen, wenn sie im Zusammenhang mit den Plänen zur Bebauung des Bereichs Erlenring 13 keine Befreiung von den Bestimmungen des Bebauungsplanes 7/3, wonach u. a.

**1. Wohnbebauung entlang der Stadtautobahn nicht zulässig ist und
2. eine ausgewiesene Grünfläche nicht überbaut werden darf,**
erteilen würde, zumal bislang weder eine Bauanfrage gestellt noch eine Baugenehmigung erteilt wurde?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Universitätsstadt Marburg könnte finanzieller Schaden entstehen, wenn Rechtsvorschriften nicht richtig angewendet würden, einer Person oder einem Unternehmen hierdurch ein Schaden entstehen würde und dieser Schaden rechtlich gegen die Stadt Marburg geltend gemacht würde.

Grundsätzlich hat nämlich jede/r Bürger/in das Recht, dass staatliche Stellen Rechtsvorschriften richtig anwenden.

Andernfalls kann ein Anspruch aus so genannter Amtspflichtverletzung entstehen. Rechtsgrundlage hierfür ist nach allgemeiner Ansicht § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit Artikel 34 Grundgesetz (GG). Ergänzend sind die zivilrechtlichen Vorschriften der §§ 249, 256 BGB heranzuziehen.

Amtspflichtansprüche kommen grundsätzlich auch bei falscher Anwendung baurechtlicher Vorschriften in Betracht. Insbesondere kann die rechtswidrige Versagung von Befreiungen Schadensersatzpflichten auslösen (vgl. z.B. OLG Koblenz, 1 U 73/96 – Urt. vom 27.1.1998; OLG Frankfurt/Main, 1 U 160/94 – Urt. vom 22.1.1994).

Ob in der konkret angefragten Fallgestaltung der Baugenehmigung Erlengring 13 bei Versagung der Befreiung ein Schadensersatzanspruch gegeben wäre hängt von der Fragestellung ab, ob hier ein *Anspruch* auf Befreiung besteht oder ob die angesprochenen Befreiungen im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens nur erteilt werden können. Käme im Streitfall ein Gericht zu dem Ergebnis, dass hier ein Anspruch auf Erteilung einer Befreiung bestand und wäre die Befreiung versagt worden, so bestünde (bei Eintritt eines Schadens) ein Schadensersatzanspruch dem Grunde nach. Ergäbe eine gerichtliche Überprüfung, dass hier eine Befreiung erteilt werden kann – aber nicht muss, so wäre ein Schadensersatzanspruch allenfalls dann gegeben, wenn die Behörde das ihr zustehende Ermessen falsch ausgeübt hätte.

Letztlich bleiben diese Überlegungen hoffentlich theoretisch. Denn die angesprochenen Befreiungen sollen nach pflichtgemäßer Prüfung erteilt werden. Das Regierungspräsidium hat dies Verfahren in einer rechtlichen Stellungnahme rechtlich positiv beurteilt.

Der Bauantrag ist übrigens gestellt. Über ihn soll demnächst abschließend entschieden werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) und Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 8 9/2008)**
Vorlage: VO/0658/2008

Welche Pläne hat der Magistrat der Stadt Marburg hinsichtlich der Instandhaltung sowie einer möglichen Bebauung des so genannten Garagenhofes (Spielplatz Kunterbunt) im Wohnquartier Friedrich-Ebert-Straße/Damaschkeweg?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In Bezug auf den Garagenhof „Friedrich-Ebert-Straße/Damaschkeweg“ sowie den Spielplatz „Villa Kunterbunt“ wurde, in Abstimmung zwischen den Eigentümern (Wohnungsbaugesellschaften, weitere private Eigentümer und die Stadt Marburg), dem FD Grünflächen, der Projektkoordination „Soziale Stadt“ und dem Ortsbeirat Richtsberg folgende Vereinbarung getroffen:

Der Spielplatz soll in der Form erhalten werden, dass „Gefahrengeräte“ abgebaut und insgesamt Ordnung hergestellt wird. Von einer Bebauung des Geländes wird - momentan aufgrund fehlenden Bedarfs - abgesehen.

Der Spielplatz „Villa Kunterbunt“, der Mitte der 90er Jahre als Beteiligungsprojekt für die Zielgruppe der so genannten „Lückekinder“ gebaut wurde, wird spätestens seit Beginn dieses Jahrzehnts missbräuchlich durch verschiedene Jugendgruppen genutzt. Begünstigt wurde und wird dies durch die relative Geschlossenheit der Anlage.

Regelmäßige Vandalismusschäden und ein hoher Instandsetzungsbedarf veranlassten den Magistrat der Stadt Marburg, Projekt „Soziale Stadt“, bereits 2002 neue freizeitbezogene Nutzungskonzepte für das Gelände im Rahmen einer Stadtteilkonferenz diskutieren zu lassen. Neue Nutzungskonzepte wurden jedoch nicht realisiert, da das Grundproblem des Spielplatzes, seine fehlende

Einsehbarkeit (und damit eine fehlende „soziale Kontrolle), nicht zu beheben ist.

Im Rahmen der „Sozialen Stadt" wurde in den Folgejahren das Außengelände der Bürgerinitiative für Soziale Fragen mit Spiele- und Sportangeboten für Kinder und Jugendliche aufgewertet. Seit September 2008 steht mit dem Fitnessparcours an der Friedrich-Ebert-Straße eine weitere Freizeitanlage für Jugendliche am unteren Richtsberg zur Verfügung. Mittelfristig wird der städtische Spielplatz „Berliner Straße", der zwischen den Quartieren unterer und mittlerer Richtsberg liegt, ausgebaut, um zusätzliche Spiel- und Freizeitbedarfe zu berücksichtigen. Ein erster Ausbau dieses Spielplatzes erfolgte bereits im Jahr 2007 im Rahmen des Projekts „Mittendrin".

In den vergangenen Monaten wurden seitens des FD Stadtplanung mit Marburger Wohnungsbaugesellschaften Sondierungsgespräche geführt mit dem Ziel, mögliche Bedarfe im Bereich der Wohnbebauung und (damit) einer Nutzungsänderung des Garagenhofes zu erfragen. Ein entsprechender Bedarf liegt nicht vor.

In Bezug auf den Spielplatz gilt damit die eingangs genannte Vereinbarung.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 9 9/2008)
Vorlage: VO/0677/2008**

Hält sich der Betreiber des Steinbruches Einhausen an die bislang genehmigten Abbaugrenzen und wie ist der Stand des beim Regierungspräsidium in Gießen laufenden Genehmigungsverfahrens für eine Erweiterung der Abbaugrenzen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zuständig für die Einhaltung der genehmigten Abbaugrenzen ist die Genehmigungsbehörde, das Regierungspräsidium in Gießen. Die Kleine Anfrage wurde dorthin zur Stellungnahme weitergeleitet. Nach Zugang derselben wird entsprechend berichtet. Zum laufenden Genehmigungsverfahren zur Erweiterung des Steinbruchbetriebes werden zurzeit noch die in naturschutzrechtlicher Hinsicht zu regelnden Belange abgestimmt.

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 10 9/2008)
Vorlage: VO/0678/2008**

Werden die vom Regierungspräsidium in Gießen geforderten Sicherungsmaßnahmen, wie Zäune entlang des Sportgeländes, um den Steinbruch herum, vom Betreiber eingehalten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine Überprüfung der vom RP Gießen geforderten Sicherungsmaßnahmen, wie

Zäune entlang des Sportgeländes sowie um den Steinbruch herum, fällt ebenfalls in die Zuständigkeit der Genehmigungsbehörde.

Auch zu dieser Frage wird eine Stellungnahme angefordert und anschließend berichtet.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Becker (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 11 9/2008)**
Vorlage: VO/0659/2008

Am Haus der Ortenberggemeinde wächst rechts neben dem Haupteingang eine inzwischen fast fünf Meter hohe Robinie, die sich als Ableger eines schönen erhaltenswerten großen Baumes einige Meter entfernt entwickelt hat. Die kleinere Robinie steht leider fast unmittelbar an der Hauswand und droht den Verputz zu beschädigen, wenn sie weiter wächst. Kann der Magistrat prüfen, ob dieser Baum entfernt werden kann, bevor er Schaden am Gebäude verursacht? Bei der Gelegenheit wäre es wünschenswert, auch das übrige Strauchwerk an der gleichen Ecke soweit zurückzuschneiden, dass es den Putz nicht mehr berührt und nicht höher als das dort befindliche Fenster wächst.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die direkt neben dem Haus stehenden Robinien-Stämmlinge (2 Stück) werden in Kürze entfernt. Im Zuge der Arbeiten wird die Strauchfläche zurückgenommen.

Für die regelmäßige Unterhaltung und Pflege der Außenanlagen direkt vor und am Eingang der Ortenberggemeinde ist nach dem Kenntnisstand des Fachdienstes 67 die Ortenberggemeinde eigenverantwortlich tätig. Eine regelmäßige Pflege sollte auch zukünftig über die Stadtteilgemeinde erfolgen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.12 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 12 9/2008)**
Vorlage: VO/0660/2008

In der Frankfurter Straße gibt es viele öffentliche Parkflächen, auf denen Autos nebeneinander parken können. Diese Parkplätze sind durch den Fahrbahnrand einerseits und eine Markierung im vorderen Bereich eingegrenzt, nicht jedoch jeweils links und rechts der einzelnen Stellflächen. Die Anwohner und Parkplatzsuchende stellen immer wieder fest, dass viele Fahrzeuge sehr unökonomisch so geparkt werden, dass einzelne Autos gleich mehrere Parkplätze belegen. Kann der Magistrat dafür sorgen, dass seitliche Markierungen angebracht werden, um den Parkplatzsuchenden eine Hilfestellung beim platzsparenden Einparken zu geben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wenn die Parkplätze einzeln markiert werden, müssen die in den entsprechenden Richtlinien vorgegebenen Maße beachtet werden. Durch die Abstände zwischen den Bäumen und die vor mehreren Jahren angebrachten Baumschutzbügel würden viele Flächen nicht mehr beparkt werden können.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass ohne eine seitliche Begrenzung mehr Parkmöglichkeiten -vor allem für kleinere Fahrzeuge- bestehen, selbst wenn durch einzelne Parker nicht platzsparend geparkt wird.

Daher ist eine Änderung der Parkmarkierung in der Frankfurter Straße nicht vorgesehen.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 13 9/2008)
Vorlage: VO/0661/2008**

Nach dem im September in Kraft getretenen „Gesetz zur Öffnung des Messwesens“ sind Strom- und Gasanbieter ab dem 01.01.2010 verpflichtet, „intelligente Zähler“ anzubieten. Nach der ebenfalls neuen „Messzugangsverordnung“ können die VerbraucherInnen einen neutralen „Messstellbetreiber“ mit dem Betrieb des Stromzählers beauftragen. Der Netzbetreiber muss einen fremden Messstellenbetreiber akzeptieren.

Ist dem Magistrat bekannt, wie sich die Stadtwerke Marburg auf diese gesetzlichen Neuerungen vorbereiten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadtwerke Marburg haben als Reaktion auf die Liberalisierung des Messwesens in der Strom- / Gasversorgung das Projekt „Smart Meter“ gestartet. Im Jahr 2009 werden erste soft- und hardwaretechnische Investitionen im Rahmen dieses Projektes erfolgen. Ziel des Projektes ist es zum 01.01.2010 „intelligente Zähler“ (auf Wunsch des Kunden) zur Verfügung zu stellen, die die SWM als Messstellenbetreiber am Markt absichern.

Der Wunsch nach einem Messstellenbetrieb durch Dritte muss vom Anschlussnutzer ausgehen, nur dann kann ein Messdienstleister den Messstellenbetrieb bei dem entsprechenden Netzbetreiber beantragen. Nach Prüfung der Voraussetzungen nach § 21 b des EnWG, müssen die SWM entsprechende Verträge auch mit anderen Messdienstleistern schließen.

Um die Kunden des eigenen Handels an den Messstellenbetrieb der SWM zu binden, werden die Energielieferverträge zukünftig mit dieser Verpflichtung versehen.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 14 9/2008)
Vorlage: VO/0664/2008**

Sind die Marburger Stadtverordneten nicht generell Botschafter und

Multiplikatoren für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Marburg - nun auch unterstützt durch den ihnen zur Verfügung stehenden Werbefilm?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Alle Marburger Mandatsträger sind Botschafter und Multiplikatoren unserer Stadt. Mit dem neuen Film zum Wirtschaftsstandort Marburg steht ein neues hervorragendes Medium zur Verfügung Marburg für Investoren aus Wissenschaft und Ökonomie interessant zu machen. Die Bereitstellung des Films auf der Homepage der Universitätsstadt Marburg, die demnächst bestehende Möglichkeit Mini-DVD's im Visitenkartenformat zu verteilen sowie die Endlosschleife des Films im Eingangsbereich der größten europäischen Immobilienmesse in München ExpoReal vom 6. - 8. Oktober 2008 ist eine breit angelegte Offensive den Investitionsstandort Marburg im Wettbewerb der Regionen nach vorne zu bringen.

Wir haben auch überregional viele positive Reaktionen auf den Film erhalten.

**zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 15 9/2008)
Vorlage: VO/0665/2008**

Mein Antrag, dass mehr Bänke für Fahrgäste an dem Südbahnhof, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn - bereitgestellt werden, wurde im Parlament einstimmig beschlossen. Wieso ist bis jetzt kein Ergebnis festzustellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hatte die Deutsche Bahn - Station & Services AG schriftlich gebeten die Anzahl der Sitzgelegenheiten am Südbahnhof wegen der starken Frequentierung dieses Haltepunktes zu erhöhen. Die DB-Station & Services, Regionalbereich Mitte hatten dieses zugesagt und um Zeit gebeten, da die Sitzgelegenheiten erst im Rahmen einer Ausschreibung geordert werden könnten. Trotz wiederholter telefonischer Erinnerung hat sich bislang bedauerlicherweise nichts getan. Die DB zeigt damit ein weiteres mal, dass ihr Service sehr zu wünschen übrig lässt. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Bänke aufgestellt werden.

**zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 16 9/2008)
Vorlage: VO/0666/2008**

An der Adolf-Reichwein-Schule wird eine Holzhackschnitzelanlage gebaut. Wieso wurden die Anwohner in diesem dichten Wohngebiet nicht über die seit zwei Monaten andauernden starken Ruhestörungen - beginnend um 7.00 Uhr morgens - informiert? Welche Nebengeräusche kommen auf die Anwohner nach Inbetriebnahme der Anlage zu?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei der hier angesprochenen Baumaßnahme handelt es sich um die Herstellung eines Silos/Bunkers für die Aufnahme der Holzhackschnitzel.

Für die Baumaßnahme wurde ordnungsgemäß eine Baugenehmigung herbeigeführt. Auf Grund von Art, Größe und Umfang der Baumaßnahme ist im Rahmen der Genehmigung keine öffentliche Beteiligung vorgesehen.

Die unvermeidbare Lärmbelästigung findet in dem dafür genehmigten Zeitkorridor statt.

Sicherlich ist dies mit Unannehmlichkeiten verbunden. Gleichwohl sind diese im Rahmen einer normalen Bautätigkeit leider nicht vermeidbar.

Nach Fertigstellung der Anlage sind für die Anwohner aus dem Betrieb der Anlage selbst keinerlei Geräuschbelästigung zu erwarten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Kaufmann (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.17 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 17 9/2008)**
Vorlage: VO/0667/2008

Wer ist für die Pflege und Instandhaltung der Unterführung nebst Treppenstufen bei der Philosophischen Fakultät in der Wilhelm-Röpke-Straße zuständig?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Unterhaltung des Bauwerkes liegt gemäß Verwaltungsvereinbarung bei der Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch Amt für Straßenverkehrswesen Marburg). Die Unterhaltung des Fußweges durch den Tunnel, die Beleuchtung, sowie der Auskleidung der Anlage hat die Stadt Marburg übernommen. Die Reinigung erfolgt vom Dienstleistungsbetrieb Marburg einmal wöchentlich.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schaffner (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.18 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 18 9/2008)**
Vorlage: VO/0668/2008

Hat der Magistrat der die Partei „Die Linke“ in Marburg genehmigt, mit Plakaten an Stromverteilerkästen zu ihrem Sommerfest einzuladen; wenn ja, wie sind genehmigte von ungenehmigten Aushängen zu unterscheiden; wenn nein, wie gedenkt der Magistrat mit diesem sehr schlechten Vorbild für andere Gruppen, Verbände und Parteien bezüglich wildem Plakatieren umzugehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Partei Die Linke Marburg-Biedenkopf wurde erlaubt, vom 30.08. bis 13.09.2008 an den 17 städtischen Stellen Plakate „Fest der Linken“

aufzuhängen.

Am 09.09.2008 haben unsere Außendienstmitarbeiter die illegale Plakatierung an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet festgestellt.

Wie in jedem anderen Fall auch, wurden die Plakate sichergestellt und ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

zu 4.19 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 19 9/2008)**
Vorlage: VO/0679/2008

Stimmt es, dass der Magistrat 1.000 EUR monatlich für einen Renault Kastenwagen (Elektroauto) aufwendet und wenn ja, in welchem Verhältnis steht diese teure Öko-Show zu den Kosten anderer Leasingfahrzeuge der Stadt Marburg (Kosten-Nutzen-Analyse)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Universitätsstadt Marburg beteiligt sich mit dem Mietvertrag für ein Elektroauto an dem Modellprojekt der Hessischen Landesregierung "Emissionsfreier Lieferverkehr". In diesem Rahmen hatten wir ein entsprechendes Fahrzeug bereits im letzten Dezember für vier Wochen kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen und in verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung getestet. Nunmehr wird das Fahrzeug im Bereich des Friedhofs und der Baumkontrolle für 2 Jahre eingesetzt. Zur Verfügung gestellt wird das Fahrzeug vom gemeinnützigen Verein AKASOL, der an der TU Darmstadt angesiedelt ist. Das Projekt wird von der Bundesregierung, von der hessischen Landesregierung und von der TU Darmstadt gefördert. Der monatliche Beitrag der Stadt Marburg für das Fahrzeug beträgt 1.000 EUR und beinhaltet sämtliche Nebenkosten wie Versicherung, Wartung und Reparatur. Entsprechend einer Gesamtkostenkalkulation des ADAC dürften die monatlichen Kosten für einen Dienst-PKW der gehobenen Klasse liegen danach bei 800 bis 1.000 EUR. Umweltminister Wilhelm Dietzel wirbt mit folgenden Worten für das Projekt mit den Elektrofahrzeugen: "Dieses Projekt ist für jede hessische Kommune eine gute Gelegenheit, Klimaschutz in ihrer Gemeinde konkret zu machen."

zu 4.20 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 20 9/2008)**
Vorlage: VO/0680/2008

Nutzt der Bürgermeister den neuen Renault Kleinwagen als Dienstfahrzeug oder für Presseartikel und wie ist das Auto mit einer "Tank"-Reichweite von 60 km von Darmstadt nach Marburg (ca. 120 km) gekommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Fahrzeug wird - genauso wie in der Testphase des hessischen Umweltministeriums im letzten Dezember - in der Stadtverwaltung eingesetzt. Vorwiegend wird es in den Bereichen Friedhöfe und Baumkontrolle eingesetzt. Wartung und Transport über weite Strecken werden vom gemeinnützigen Verein AKASOL, Uni Darmstadt, übernommen. Der Verein AKASOL hat das Auto nach Marburg gebracht und holt es im Falle der Reparatur auch ab. Örtlich sind keine Unternehmen, die ein Elektrofahrzeug dieser Bauart warten könnten.

**zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 21 9/2008)
Vorlage: VO/0669/2008**

Welche Einrichtungen werden in Marburg von der Steuer auf Vergnügen besonderer Art erfasst und wie hoch ist die Quadratmeterzahl, die als Berechnung der Steuer dient?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Von der Steuer auf Vergnügen besonderer Art werden diejenigen Betriebe erfasst, welche den Steuertatbestand gemäß § 2 der Satzung erfüllen. Eine namentliche Nennung der entsprechenden Betriebe wird der Magistrat nicht vornehmen, da er sich andernfalls strafbar machen würde.

Das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung (AO), der nach § 4 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) ausdrücklich auf kommunale Steuern anzuwenden ist, betrifft zum einen die Frage, ob und bei welcher Finanzbehörde ein Beteiligter steuerlich geführt wird, zum anderen die Höhe einer Steuer.

Die Bekanntgabe der bei den jeweiligen Betrieben der Steuer zugrundeliegenden Quadratmeter ist nicht möglich, da in diesem Falle Rückschlüsse auf die jeweilige Steuerhöhe möglich wären.

Die Verletzung des Steuergeheimnisses ist strafbar. Sie ist nach § 355 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

Der Magistrat hat in seinem Diensteid geschworen, alle in Hessen geltenden Gesetze zu wahren. Er beabsichtigt nicht, diesen Eid zu brechen.

**zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 22 9/2008)
Vorlage: VO/0670/2008**

In der Frankfurter Rundschau war zu lesen, dass in 14 Städten, u.a. Gießen, selbstverständlich auch Bordelle von der Steuer auf Vergnügen besonderer Art erfasst werden. In Köln sind einschlägige Etablissements mit Widersprüchen vor dem Verwaltungsgericht unterlegen. Warum soll ausgerechnet das Laufhaus in Marburg nicht der Steuer unterliegen, wie OB Vaupel verkündet und was ist mit anderen Bordellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Stadt Gießen sind von der Steuer auf Vergnügungen besonderer Art eine Bar und zwei Etablissements mit Sexkabinen betroffen. In der Bar wird die Fläche als Grundlage für die Steuer herangezogen, in den Sexkabinen die Einnahmen aus den Apparaten.

Übrigens: Der Leiter der Abteilung Steuern in der Stadt Gießen wundert sich, dass der Fragesteller behauptet, es gebe Bordelle in Gießen. In Gießen gibt es offiziell kein einziges Bordell. Der Amtsleiter wüsste gerne, woher der Fragesteller

sein Wissen hat.

Die Stadt Köln ist die einzige Stadt in der Bundesrepublik, die in der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art in Paragraph 2 das „Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt“ aufgeführt hat.

**zu 4.23 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 23 9/2008)
Vorlage: VO/0671/2008**

Wann wird der Verkehrsversuch in der Biegenstraße beendet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Verkehrsversuch in der Biegenstraße ist bis 31.12.2008 befristet.

Nach Auswertung der Ergebnisse des Verkehrsversuchs wird die künftige Verkehrsführung in der Biegenstraße festgelegt.
Der Verkehrsversuch ist schon heute sehr erfolgreich.

**zu 4.24 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 24 9/2008)
Vorlage: VO/0673/2008**

Welche Möglichkeiten haben Schülerinnen und Schüler an Marburger Schulen so genannte „exotische“ Sprachen zu lernen, wie z. B. Chinesisch, das als Tonsprache als schwer erlernbar gilt, aber auch enorme Perspektiven bietet?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In Marburg haben die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien die Möglichkeit, an einem von der Waldorfschule initiierten freiwilligen Angebot teilzunehmen und Chinesisch zu lernen. Das Angebot beginnt in der Jahrgangsstufe 8 und kann grundsätzlich bis zum Abitur geführt werden, so lange sich eine entsprechende Anzahl Schülerinnen und Schüler anmeldet.

Die Schulen finanzieren dieses Angebot aus eigenen Mitteln sowie aus Beiträgen der Schülerinnen und Schüler.

Weitere „exotische Sprachen“ werden nach unserer Kenntnis an Marburger Schulen nicht angeboten.

**zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Barbara Mertins (Nr. 25 9/2008)
Vorlage: VO/0674/2008**

Wie viele Standorte (Sendemasten) der Mobilfunkbetreiber gibt es in Marburg (aktiv, vakant, geplant)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In Marburg gibt es 43 aktive Standorte der Mobilfunkbetreiber.
Vakant sind 3 Standorte (1 versagter Standort in der Gemarkung Haddamshausen sowie je 1 genehmigter Standort in der Gemarkung Ockershausen und in der Gemarkung Schröck).
Geplant sind 3 weitere Standorte (jeweils 1 Standort in der Gemarkung Marburg, Ockershausen und Moischt).

zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 26 9/2008)
Vorlage: VO/0675/2008

Wie beurteilt der Magistrat den Zustand des Spielplatzes im Bereich Friedrich-Ebert-Straße/Damaschkeweg in Bezug auf Gefährdungen und Bespielbarkeit?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Kinderspielplatz ist aufgrund seiner Lage im Garagenhof schlecht einsehbar und ohne soziale Kontrolle. Der Spielplatz war damals für ältere Kinder konzipiert, er wird leider von verschiedenen Gruppen fremd genutzt.
Daher soll das Spielangebot mittelfristig auf den Kinderspielplatz Berliner Straße und wie mit der Errichtung des neuen Fitness Parcours bereits geschehen auf das Gelände neben der BSF verlagert werden.

Bereits mehrfach ist diskutiert worden, das Gelände zu überplanen - möglicherweise auch mit Wohnbebauung. Entsprechende Konzepte sind in den letzten 20 Jahren bisher immer wieder gescheitert, weil keine Investoren gefunden werden konnten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Lotz-Halilovic (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 27 9/2008)
Vorlage: VO/0676/2008

Welche Möglichkeiten stehen dem Magistrat zur Verfügung, um rassistische „Wandmalereien“ und Hakenkreuze beim Zugang und im Umfeld des Spielplatzes Friedrich-Ebert-Straße/Damaschkeweg zu entfernen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die rassistischen „Wandmalereien“ und Hakenkreuze befinden sich an Garagen der GeWoBau.

Die GeWoBau hat bereits zugesagt, die Zeichen umgehend zu entfernen, nach dem die strafrechtlichen Ermittlungen der Polizei abgeschlossen worden sind.

**zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 28 9/2008)
Vorlage: VO/0681/2008**

Wo und wie sieht der Magistrat Möglichkeiten, z. B. im Wege der Verkehrssicherungspflichten, zur Soforthilfe für Bürgerinnen und Bürger, die Wildschweinschäden in ihren Vorgärten bzw. ihrer Straße gemeldet haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit einigen Jahren kommt es wie in vielen anderen Kommunen auch in Marburg vermehrt zum Auftreten von Wildtieren in unserer unmittelbaren häuslichen Umgebung. Besonders Wildschweine und Füchse haben sich in den letzten Jahren trotz Bejagung offenbar stark vermehrt. Ursache dafür sind hauptsächlich das in den vergangenen Jahren sehr gute Nahrungsangebot und die milden Winter.

Die Tiere folgen bei der Suche nach Nahrung ihrem natürlichen Instinkt. Da sie zum Beispiel auf gepflegten Beeten und Rasenflächen, in Komposthaufen oder Mülltonnen sowie durch Fütterungen meistens schmackhaftere Nahrung finden als im Wald, sind sie zunehmend auch außerhalb ihres angestammten Lebensraumes anzutreffen. Sie haben gelernt, dass ihnen in der Stadt wenig Gefahr droht und daher die Scheu vor dem Menschen weitgehend verloren.

Es kommt daher im Stadtgebiet immer öfter zu Begegnungen mit Wildtieren. Dies führt zu Verunsicherungen oder gar Ängsten der Menschen, die nicht wissen, wie sie sich gegenüber den Tieren verhalten sollen. Häufig richten die Tiere bei ihren "Besuchen" auch Schäden an, deren Beseitigung für den Eigentümer des betroffenen Grundstücks nicht selten hohe Kosten verursacht.

Wildschweine, Füchse, Waschbären, Marder und Wildkaninchen sind wildlebende, herrenlose Tiere, die dem Jagdrecht unterliegen.

Eine Bejagung der Tiere darf nach dem Jagdgesetz grundsätzlich aber nur auf land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich nutzbaren Grundflächen ausgeübt werden, die zu einem Jagdbezirk gehören. Dort steht das Jagdrecht dem Grundeigentümer oder der Grundstückseigentümerin zu. Dieser hat unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, das Wild zu hegen, zu bejagen und sich anzueignen. Er kann seine Flächen auch an Jäger verpachten.

Die Forstverwaltung ist nur für die Jagdausübung in den Wäldern zuständig. Ihr obliegt in diesen Bereichen die Pflicht, durch Regulation einen angemessenen Wildbestand zu erhalten.

Außerhalb von Jagdflächen, insbesondere in so genannten "befriedeten Gebieten" wie zum Beispiel Wohnsiedlungen, Grünanlagen, Friedhöfen oder Gärten ist eine Jagdausübung aus Sicherheitsgründen gesetzlich verboten. In Ausnahmefällen kann die Jagdbehörde auf Antrag des Grundstückseigentümers oder der Grundstückseigentümerin allerdings eine beschränkte Jagdausübung durch ausgewählte Jäger genehmigen. Voraussetzung ist aber in jedem Fall, dass eine gefahrlose Schussabgabe möglich ist.

Ein Anspruch auf Ersatz von durch Wildtiere angerichteten Schäden besteht außerhalb von Jagdbezirken nicht. Für die Sicherung von Grundstücken oder Gebäuden müssen der Eigentümer oder die Eigentümerin selbst Sorge tragen.

Der Fachdienst Straßenverkehr und Ordnung informiert auf der Internetseite der Stadt Marburg über verschiedene Wildtiere, Verhaltensweisen bei dem Aufeinandertreffen mit Wildtieren und auch über mögliche Sicherungen von Grundstücken.

Noch vor Beginn der Jagdsaison im Herbst dieses Jahres werden die Stadt Marburg, das Forstamt und die Unteren Jagdbehörde gemeinsam beraten, in welcher Weise der Bestand der Wildschweine in den Wälder um Marburg reduziert werden kann.

**zu 5 Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/0516/2008**

Die Vorlage ist vom Magistrat im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen worden, da gesetzliche Änderungen im Hessischen Landtag bezüglich des Sparkassensektors bevorstehen, die Auswirkungen auf die Neufassung der Sparkassen-Satzung haben werden.

**zu 6 Neuwahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk
Marburg II (Kernstadt links der Lahn)
Vorlage: VO/0568/2008**

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus dem Wahlvorbereitungsausschuss. Wie in der Vorlage ausgedrückt, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Ursula Rat, wohnhaft Heinrich-Heine-Straße 7 a, 35039 Marburg, als stellvertretende Schiedsperson vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht vorgetragen. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat somit folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl auf Grund des vorliegenden Wahlvorschlages durchzuführen.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird kein weiterer Vorschlag vorgetragen. Der offenen Abstimmung durch Handzeichen wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Frau Ursula Rat, wohnhaft Heinrich-Heine-Straße 7 a, 35039 Marburg, wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg II (Kernstadt links der Lahn) gewählt. Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten wurde bei dieser Wahl erreicht.

zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg VI (Wehrda)

**hier: Wahl einer Ortsgerichtsschöffin / eines Ortsgerichtsschöffen
Vorlage: VO/0609/2008**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die amtierende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in der heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Wie in der Vorlage ausgedrückt hat die CDU-Fraktion sowie der Ortsbeirat Wehrda Herrn Tobias Müller, wohnhaft Auf der Jöch 4, 35041 Marburg, für das Amt vorgeschlagen. Die MBL-Fraktion hat vorgeschlagen: Herrn Helmut Graßmann, wohnhaft Freiherr-vom-Stein-Straße 16, 35041 Marburg.

Weitere Wahlvorschläge werden aus der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt zunächst den Wahlvorschlag Tobias Müller zur Abstimmung. Der Wahlvorschlag wird unterstützt von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten. Somit hat die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss gefasst:

Herr Tobias Müller, wohnhaft Auf der Jöch 4, 35041 Marburg, wird zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg VI (Wehrda) gewählt.

Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten wurde erreicht.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt erübrigt sich damit eine Abstimmung über den Wahlvorschlag der MBL-Fraktion.

**zu 8 Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Dagobertshausen, Marbach, Michelbach)
Vorlage: VO/0618/2008**

Die Vorlage wurde vom Magistrat zurückgezogen.

**zu 9 Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB)
Verzicht auf die Anlegung von Gehwegen in verschiedenen Straßen
Vorlage: VO/0512/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Auf die Anlegung von herkömmlichen beidseitigen Gehwegen wird in den nachstehend aufgeführten Straßen zum Zwecke der Abrechnung verzichtet:

1. Stadtteile Bauerbach
 - 1.1 Bühlacker
2. Stadtteil Cyriaxweimar
 - 2.1 Am Grabenacker

3. **Stadtteil Ockershausen**
 - 3.1 **Wiesenweg, Abschnitt zwischen Im Stiftsfeld und privatem Stichweg**
4. **Stadtteil Schröck**
 - 4.1 **Auf dem Rück, Abschnitt südlich des Wiesentalweges bis Ausbauende einschließlich abknickender Stichstraße**
5. **Stadtteil Wehrda**
 - 5.1 **Am Weißenstein**

Der Abweichungsbeschluss ist durch "Amtliche Bekanntmachung" in der Oberhessischen Presse und der Marburger Neuen Zeitung zu veröffentlichen.

zu 10

Abschluss einer Betrauungsvereinbarung über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zur Durchführung des ÖPNV in der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/0602/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stimmt der in Anlage 1 beigefügten Betrauungsvereinbarung über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zur Durchführung des ÖPNV in der Universitätsstadt Marburg zu.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stimmt dem in Anlage 2 beigefügten Verkehrsvertrag über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg zu. Der Vertreter des Magistrats in der Gesellschafterversammlung der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft Marburg GmbH (LNG) wird ermächtigt, diese Entscheidung vom Geschäftsführer der LNG durch entsprechenden Beschluss in der Gesellschafterversammlung ausführen zu lassen.**

zu 11

Bauleitplanung der Stadt Marburg

Beschluss zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 5/8 im Bereich des Stadtteiles Ockershausen, Tierbestattungsstelle

Vorlage: VO/0420/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan umgrenzten Bereich am östlichen Rand von Ockershausen wird die Teiländerung Nr. 5/8 des Flächennutzungsplanes mit der Intention „Sondergebiet Tierbestattungsstelle“ gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

**zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 6/7, 1. Änderung; Gewerbegebiet Messegelände
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/0498/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6/7, 1. Änderung, Gewerbegebiet Messegelände, wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.

**zu 13 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Teiländerung Nr. 23/2 des Flächennutzungsplanes im Stadtteil
Wehrshausen, Auf'm Gebrande
- Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/0503/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Entwurf der Teiländerung Nr. 23/2 des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Wehrshausen, wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.

**zu 14 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 23/5, Stadtteil Wehrshausen, Auf'm Gebrande (II)
- Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/0504/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 23/5, Stadtteil Wehrshausen, Auf'm Gebrände (II) inkl. der Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 23/1, 1. Änderung, wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.

**zu 15 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14/13, Wiesentalweg, im Stadtteil
Schröck**

Vorlage: VO/0578/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14/13, Bereich „Wiesentalweg“, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt.**

**zu 16 Erneuerung der Universitätsstraße im Zuge der K 68
Vorlage: VO/0539/2008**

**TOP 20.20 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kein Rückbau der
Universitätsstrasse**

Beide Vorlagen werden zusammen aufgerufen.

Zum **Tagesordnungspunkt 16** berichtet für den Umweltausschuss die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen und empfiehlt dies auch der Stadtverordnetenversammlung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnete Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen und sich dem Votum des Umweltausschuss angeschlossen.

Zum Tagesordnungspunkt 20.20 berichtet für den Bau- und Planungsausschuss ebenfalls der Stadtverordnete Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Jannasch (CDU),

Floherschütz (Bündnis 90/Die Grünen) und Sell (SPD). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18:20 Uhr bis 18:41 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heinz Ludwig (MBL) die Sitzungsleitung übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt beide Vorlagen zur Abstimmung.

Zum Tagesordnungspunkt 16:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zum Tagesordnungspunkt 20.20:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 17

**Satzung der Universitätsstadt Marburg zur verbindlichen Nutzung der Solarenergie in Gebäuden (Solarsatzung)
hier: Prüfung der Rechtmäßigkeit der Satzung durch die Aufsichtsbehörde
Vorlage: VO/0619/2008**

**Die Magistratsvorlage wird zusammen aufgerufen mit den Tagesordnungspunkten
20.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Solarsatzung / Photovoltaik, VO/0557/2008 und
20.26 Antrag der FDP-Fraktion betr. Aufhebung der Solarsatzung VO/0620/2008 und
19.2 Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Änderung der Solarsatzung VO/0647/2008**

Zunächst erfolgen die Berichte der Ausschüsse zu den einzelnen Vorlagen.

Zu TOP17:

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage ausführlich diskutiert und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ziffer 1 der Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Zu den Ziffern 2 und 3 der Vorlage empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Zu TOP 20.12 berichtet für den Umweltausschuss die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag zurückgestellt.

Zu Top 20.26:

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte zu allen Vorlagen sprechen Oberbürgermeister Vaupel, die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Schwebel (FDP), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Dr. Musket (SPD), Ludwig (MBL), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Becker (SPD), Pfalz (CDU), Schwebel (FDP) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 19:45 Uhr bis 19:49 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die einzelnen Vorlagen abstimmen.

Zu TOP17:

Die Stadtverordnetenversammlung vereinbart Einzelabstimmungen über die Ziffern 1 - 3 der Vorlage.

Zu Ziffer 17.1:

Das Schreiben des Regierungspräsidiums Gießen vom 9. September 2008 und das des Magistrats vom 25. August 2008 zur Rechtmäßigkeit der Solarsatzung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Ziffer 17.2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Solarsatzung vom 20. Juni 2008 wird nicht aufgehoben.

Zu Ziffer 17.3:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird ermächtigt, gegen eine mögliche Beanstandung des Beschlusses durch die Aufsichtsbehörde Klage zu erheben.

Abstimmung zu TOP 19.2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL-Fraktion, Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 20.12:

Wie im Rahmen der Ausschussberichte vorgetragen wurde, haben der Umweltausschuss und der Bau- und Planungsausschuss die Vorlage

zurückgestellt. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nunmehr entscheiden, ob dennoch über den Antrag abgestimmt werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung soll über den Antrag der CDU-Fraktion betr. Solarsatzung / Photovoltaik, VO/0557/2008 abgestimmt werden.

Es folgt die Beschlussfassung zu diesem Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL-Fraktion und bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 20.26:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und der FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 18 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 18.1 Antrag des KiJuPa betr. Bushaltestellenhäuschen am Südbahnhof
Vorlage: VO/0565/2008**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss bis zur Oktober-Sitzung zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Oktober-Sitzung.

**zu 18.2 Antrag des KiJuPa betr. Lautsprecherdurchsagen und Sitzgelegenheiten
am Südbahnhof
Vorlage: VO/0566/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Deutsche Bahn AG soll für Lautsprecherdurchsagen am Südbahnhof und Sitzgelegenheiten an Gleis 2 sorgen.

zu 19 **Dringlichkeitsanträge**

zu 19.1 **Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vorbereitung auf das Wintersemester 2008 / 2009**
Vorlage: VO/0631/2008

Für die Antragsteller spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Anschließend erklären die Antragsteller den Antrag für erledigt. Eine Aussprache erübrigt sich daher.

zu 19.2 **Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Änderung der Solarsatzung**
Vorlage: VO/0647/2008

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 17 aufgerufen.

zu 19.3 **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Medizinische Versorgung am Universitätsklinikum**
Vorlage: VO/0662/2008

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den Antrag zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, unverzüglich mit dem Vorstand und dem Betriebsrat des Universitätsklinikums Gespräche über die Qualität der medizinischen Versorgung in den Universitätskliniken Marburg zu führen und anschließend der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten.

zu 20 **Anträge der Fraktionen**

**zu 20.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung des Denkmalbeirats
Vorlage: VO/0029/2008**

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss beraten und zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur November-Sitzung.

**zu 20.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0030/2008**

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss beraten und zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur November-Sitzung.

**zu 20.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kein Ausbau von weiteren Windrädern in Marburg
Vorlage: VO/0308/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 09/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schaffner (CDU), Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Musket (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 20.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bekämpfung von politisch links motivierten Delikten
Vorlage: VO/0344/2008**

Der Antrag wurde bereits am 17.06.2008 im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Aus dieser Sitzung berichtet der Oberbürgermeister. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Gottschaldt (Marburger Linke), Wölk (SPD), Weber-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU) und Dorn (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 20.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lockerung des Denkmalschutzes
Vorlage: VO/0358/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL-Fraktionen, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 20.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fördermittel für Hallenbäder
Vorlage: VO/0422/2008

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und dort zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 20.7 Antrag der FDP-Fraktion betr. Studier mal Marburg
Vorlage: VO/0483/2008

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Becker (SPD), Dr. Uchtmann (MBL) und erneut Becker (SPD). Für den Magistrat sprechen Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 21:48 Uhr bis 22:05 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der FDP, CDU und MBL, sowie Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 20.8 Antrag der Marburger Bürgerliste betr. Einkaufsmöglichkeiten auf den Lahnbergen
Vorlage: VO/0521/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Sell (SPD), Stompfe (CDU), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen) und Becker (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP und einer Stimme der Fraktion Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 20.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung des Bebauungsplans 7/3 Erlenringsspange
Vorlage: VO/0537/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken und der FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 20.10 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Errichtung einer Auslaufläche für Hunde
Vorlage: VO/0541/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob eine größere Auslaufläche für Hunde im städtischen Ballungsraum entsprechend dem Bedürfnis der Hunde nach Auslauf, Bewegung und Kontakt zur Verfügung gestellt werden kann.

**zu 20.11 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Stadtführung für Neubürgerinnen und Neubürger
Vorlage: VO/0549/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird gebeten, Neubürgerinnen und Neubürgern bei Anmeldung einen Gutschein für eine öffentliche Stadtführung anzubieten.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Antragsformulierung des Schul- und Kulturausschuss übernommen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zur geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Neubürgerinnen und Neubürgern bei Anmeldung einen Gutschein für eine öffentliche Stadtführung anzubieten.

**zu 20.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Solarsatzung / Photovoltaik
Vorlage: VO/0557/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 17 aufgerufen.

zu 20.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Beleuchtung der Fahrpläne
Vorlage: VO/0558/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, wie eine Beleuchtung der Aushangfahrpläne an Haltestellen ohne (beleuchtetes) Wartehäuschen realisiert werden kann.

In dieser Antragsfassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt den im Umweltausschuss geänderten Antragstext zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, wie eine Beleuchtung der Aushangfahrpläne an Haltestellen ohne (beleuchtetes) Wartehäuschen realisiert werden kann.

zu 20.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stadt des gesammelten Wissens
Vorlage: VO/0559/2008

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgezogen, da der Magistrat in der nächsten Ausschusssitzung einen Sachstandsbericht abgeben wird.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 20.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Platz der alten Synagoge
Vorlage: VO/0560/2008

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat möge in der Universitätsstraße bei der ehemaligen Synagoge eine weitere Tafel mit Erklärungen zu den dort stattfindenden Ausgrabungsarbeiten aufstellen, das Gelände vor dem Zaun sauber halten und das Anbringen von Werbeplakaten am Abgrenzungsaun verbieten.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge in der Universitätsstraße bei der ehemaligen Synagoge eine weitere Tafel mit Erklärungen zu den dort stattfindenden Ausgrabungsarbeiten aufstellen, das Gelände vor dem Zaun sauber halten und das Anbringen von Werbeplakaten am Abgrenzungsaun verbieten.

**zu 20.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Weihnachtsbäume in den Stadtteilen
Vorlage: VO/0561/2008**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgestellt und an die Ortsbeiräte verwiesen.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mit der Angelegenheit befasst. Dort wurde der Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt.

Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) hat den Antrag zu Beginn der Sitzung ebenfalls für erledigt erklärt, da der Magistrat jedem Stadtteil jährlich 100,00 EUR für die Beschaffung und Aufstellung eines Weihnachtsbaumes zur Verfügung stellt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 20.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkplatzerweiterung Ockershäuser Allee
Vorlage: VO/0562/2008**

Die CDU-Fraktion hat den Antrag zurückgezogen.

**zu 20.18 Antrag der CDU-Fraktion betr. Unitymedia
Vorlage: VO/0563/2008**

Die CDU-Fraktion hat den Antrag zurückgezogen.

**zu 20.19 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Uni-KiTa
Vorlage: VO/0564/2008**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag wurde im Sozialausschuss zur Annahme empfohlen.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Philipps-Universität und dem Studentenwerk nach Möglichkeiten zu suchen, dass die Kapazität

der Uni-KiTa erhöht wird.

**zu 20.20 Antrag der CDU-Fraktion betr. Kein Rückbau der Universitätsstrasse
Vorlage: VO/0570/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 16 aufgerufen.

**zu 20.21 Antrag der CDU-Fraktion betr. Altenpflegekonzept
Vorlage: VO/0575/2008**

Die CDU-Fraktion hat den Antrag zurückgezogen.

Nach Beendigung aller Aussprachen stellt der Stadtverordnete Becker (SPD) den Geschäftsordnungsantrag, alle verbliebenen und mit einem Aussprachewunsch versehenen Anträge nicht zurückzustellen, sondern heute abzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung aller noch verbliebenen Anträge wird angenommen.

**zu 20.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Public Viewing 2010
Vorlage: VO/0577/2008**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgestellt. Gleichzeitig wurde der Fachdienst Sport gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung zur Vorlage Stellung zu nehmen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 20.23 Antrag der Fraktionen betr. Green Labels Purchase
Vorlage: VO/0604/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der FDP und der MBL, sowie bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, bei der Beschaffung von Sachmitteln und Geräten künftig nach dem vom Bundesumweltministerium geförderten Projekt "Green Labels Purchase" zu verfahren.

**zu 20.24 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Baumbepflanzung
Vorlage: VO/0605/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der FDP, MBL und einigen Nein-Stimmen der CDU und bei Enthaltung der übrigen Stadtverordneten der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, kurzfristig eine Planung für Baumpflanzungen in der Liebigstraße, der unteren Gutenbergstraße und in der Deutschhausstraße vorzulegen.

**zu 20.25 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Parkflächen
Deutschhausstraße
Vorlage: VO/0606/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Analogie zu dem Konzept der Biegenstraße, in der Deutschhausstraße im Bereich ab der Volkshochschule bis zur Einfahrt Robert-Koch-Straße auf der rechten Fahrspur versuchsweise Parkflächen einzurichten. Hierbei soll auch eine Querungshilfe für Fußgänger in diesem Bereich berücksichtigt werden.

**zu 20.26 Antrag der FDP-Fraktion betr. Aufhebung der Solarsatzung
Vorlage: VO/0620/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 17 aufgerufen.

zu 21 Kenntnisnahmen

**zu 21.1 Außerplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2008
hier: 8800001.935000 "Ausstattungen Judizierhäuschen"
Vorlage: VO/0417/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge